

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 239

Juli 2025

Sehr geehrte Leser*innen,

im Zuge der Vorbereitungen für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 plant die Europäische Kommission auch eine Reform des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Ziel ist es, soziale Ungleichheit entschlossener zu bekämpfen, Armut zu verringern und jungen Menschen bessere Chancen auf Teilhabe zu eröffnen. Für Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit klingen diese übergeordneten Ziele sehr positiv – die Tücken stecken wie immer im Detail.

Der ESF+ ist seit Jahren ein wesentliches Instrument zur Förderung benachteiligter junger Menschen – vor allem im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Die künftige Gestaltung des Europäischen Sozialfonds soll stärker auf Wirkung, Zielgruppengenauigkeit und europäische Sozialziele ausgerichtet sein. Hier liegt eines der Risiken – denn gerade niedrigschwellige Angebote, die auf Beziehung, Stabilität und Vertrauen setzen, lassen sich nicht in kurzfristigen Erfolgskennzahlen abbilden.

Inwiefern sich eine stärkere soziale Fokussierung, flexiblere Förderbedingungen und bessere Kombinationsmöglichkeiten mit nationalen Programmen positiv bemerkbar machen, muss ebenso kritisch begleitet werden wie die zunehmend zentrale Steuerung.

Mit dieser Ausgabe von *Jugendsozialarbeit aktuell* wollen wir die Entwicklungen einordnen und dazu anregen, sich in die Debatte einzubringen. Denn die Zukunft der Jugendsozialarbeit hängt auch davon ab, wie europäische Förderung gestaltet wird – im Interesse der jungen Menschen, die sie dringend brauchen.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Ein Zeichen europäischer Solidarität? Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU

Lisa Schüler / Alexander Hauser

Lisa Schüler (Deutscher Caritasverband) und Alexander Hauser (BAG KJS) nehmen die neuen Pläne der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) aus wohlfahrtsverbandlicher Perspektive und im Hinblick auf deren Bedeutung für die Jugendsozialarbeit kritisch in den Blick.

Alle sieben Jahre... kommt nicht das Christkind, sondern muss die Europäische Union finanziell neu aufgestellt werden. Mit dem sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen werden die langfristigen politischen Schwerpunkte der EU festgelegt. Da die EU nur dort gesetzgeberisch tätig werden kann, wo ihr von den Mitgliedstaaten ausdrücklich Kompetenzen übertragen worden sind, setzt die EU ihre Politik in großem Umfang über Förderprogramme um. Durch EU-geförderte Projekte kommt die Politik „aus Brüssel“ direkt bei den Bürger*innen Europas an und macht das Konstrukt EU anfass- und erlebbar. Je nachdem, ob in Zukunft verstärkt europäische Jugendbegegnungen, der Bau von Grenzzäunen oder die Forschung gefördert wird, setzt dies völlig unterschiedliche Prioritäten.

Gleichzeitig ist der EU-Haushalt ein Zeichen europäischer Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten: Der Großteil des EU-Budgets fließt über die Fonds der Kohäsionspolitik und der Landwirtschaftspolitik wieder in die Mitgliedstaaten zurück. Dabei erhalten jedoch Regionen mit einer schwächeren Wirtschaftsleistung deutlich mehr aus dem gemeinsamen Topf als wirtschaftlich starke Regionen. Der EU-Haushalt ist also in sich ein Umverteilungsmechanismus der EU.

Die Verhandlungen zwischen den Mitglied-

Europa steht vor einer Vielzahl sich überlappenden Trends. Gleichzeitig muss schnell und massiv auf Krisen reagiert werden können.

staaten, die fast vollständig die EU finanzieren, sind in der Regel sehr lang und schwierig. Etwa zwei Jahre vor Beginn einer neuen Haushaltsperiode schlägt die EU-Kommission daher ihre Mehrjährige Finanzplanung vor. Diese muss von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden. Das EU-Parlament muss dem Beschluss der Mitgliedstaaten zustimmen.

Schwierige Verhandlungen stehen an

Nach zahlreichen Wirren und nächtelangen internen Verhandlungen hat die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen am 16. Juli 2025 ihren Vorschlag für einen EU-Haushalt für die Förderperiode 2028–2034 vorgelegt.

Die Ausgangslage für diese Vorschläge ist schwierig: Europa steht vor einer Vielzahl sich überlappenden und gegenseitig verstärkender Trends wie dem demografischen Wandel oder der grünen und digitalen Transformation. Gleichzeitig muss die EU deutlich schneller und massiver auf unvorhersehbare Krisen reagieren können. Finanziell wird sie ab 2028 zusätzlich unter Druck geraten, da die 2020 am Finanzmarkt aufgenommenen Schulden zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurückgezahlt werden müssen.

Der heutige Förderrahmen wurde in einer Welt verhandelt, die keine Corona-Pandemie kannte, in der es keine Energiekrise, keine hohe Inflation und keinen Krieg auf europäischem Boden gegeben hat. Der Mehrjährige Finanzrahmen muss aus Sicht der EU-Kommission daher in Zukunft deutlich einfacher, flexibler und leistungsbasierter werden.

Aktuelle Vorschläge für die Haushaltsperiode 2028-2035

Für die 7-Jahres-Periode hat die EU-Kommission ein Budget von rund 1,8 Billionen Euro vorgeschlagen (alle Zahlen in Preisen von 2025). Zum Vergleich: Der EU-Haushalt für die Förderperiode 2021–2027 entsprechen rund 1,1 Billionen Euro, allerdings kommen dazu rund 750 Mrd. Euro, die die EU während der Corona-Krise am Finanzmarkt aufgenommen hat. Da die aufgenommenen Schulden über den EU-Haushalt 2028–2034 abgezahlt werden müssen, bleiben der EU nach dem Kommissionsvorschlag für die

Umsetzung ihrer Politik in absoluten Zahlen etwa gleich viele Mittel zur Verfügung wie in der laufenden Förderperiode – inflationsbereinigt sogar weniger.

Die Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, haben sich bereits gegen eine Erhöhung des EU-Haushalts ausgesprochen.

Die Struktur des EU-Haushaltes will die EU-Kommission vollkommen verändern. Statt vieler unabhängiger Einzelprogramme soll es in Zukunft nur noch vier große Ausgabenkategorien geben:

In **Nationalen und Regionalen Partnerschaften** sollen alle Fonds zusammengefasst werden, die derzeit über die Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dies betrifft Fonds wie den Europäischen Sozialfonds, den Regionalentwicklungsfonds, aber auch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und die Gemeinsame Agrarpolitik. In diesen Partnerschaftsplänen gibt es von europäischer Seite kaum Vorgaben, wie viele Mittel in welche Prioritäten fließen werden (z. B. in die Entwicklung des ländlichen Raums).

Europaweit sollen rund 771 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, was einer Kürzung von etwa 30 Prozent entspricht. 14 % dieser Mittel sollen als Zielmarke für soziale Projekte ausgegeben werden. 405 Mrd. Euro sind für Kohäsion, Fischerei, Soziales und Ländliche Entwicklung vorgesehen, für Direktzahlungen an die Landwirte 260 Mrd. Euro und 30 Mrd. Euro für Migration und Grenzmanagement.

Für Deutschland sollen 68,4 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Jeder Mitgliedstaat soll einen Ausgabenplan entwickeln, der die nationalen Prioritäten und Geldzuweisungen aufgreift. Da die Regionen nicht mehr direkt mit der EU-Kommission verhandeln sollen, wird es eine Zentralisierung von den Regionen hin zu den Hauptstädten geben. Gleichzeitig kommt es zu einer Verantwortungsverlagerung von europäischer Ebene auf die Nationalstaaten, da von EU-Seite kaum Vorgaben gemacht werden, wie die Mittel eingesetzt werden müssen.

Im **Europäischen Wettbewerbsfonds** stehen 400 Mrd. Euro zur Verfügung. Erasmus+ wird in die Kategorie „Wettbewerb und Sicherheit“ eingeordnet und mit 40 Mrd. Euro

ausgestattet. Die Struktur von Erasmus+ soll relativ gleich bleiben.

Im Programm **Globales Europa** werden alle außenpolitischen Instrumente zusammengefasst. Dafür stehen rund 180 Mrd. Euro zur Verfügung, 25 Mrd. davon sollen für humanitäre Hilfe ausgegeben werden. Zusätzlich sollen 100 Mrd. Euro für die Unterstützung der Ukraine eingeplant werden.

Für Verwaltungsausgaben werden 100 Mrd. Euro für sieben Jahre angesetzt.

Erste Einschätzung der Caritas

Aus Sicht der Caritas birgt insbesondere die starke Zentralisierung der Kohäsionspolitik Risiken. Zwar ist es durchaus wünschenswert, dass die verschiedenen Fonds enger miteinander verzahnt werden. Da von der EU-Kommission jedoch wenige inhaltliche Vorgaben und kaum budgetäre Vorgaben (wie viel Geld muss in welche Priorität fließen) vorgeschlagen werden, ist die Gefahr jedoch groß, dass Mitgliedstaaten die EU-Mittel noch stärker als bisher nutzen, um eigene Haushaltslöcher zu stopfen. Ob es gelingen wird, der Entwicklung des ländlichen Raums oder der sozialen Begleitung von Menschen den gleichen Stellenwert einzuräumen wie bislang, bleibt abzuwarten.

Die Sicherstellung der humanitären Hilfe von 25 Mrd. Euro ist begrüßenswert, angesichts der enormen Herausforderungen in diesem Bereich jedoch gering.

Ungewisse Perspektiven für die Jugendsozialarbeit

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ist seit Jahren ein zentrales Instrument, um benachteiligte junge Menschen in Ausbildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe zu bringen. Über Programme wie „JUGEND STÄRKEN“ konnten bedarfsgerechte Unterstützungsangebote entstehen, die Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen echte Perspektiven eröffnen.

Wichtig ist nicht nur das Bundesprogramm: In Deutschland spielt der regionale Landes-ESF+ eine entscheidende Rolle für Jugendsozialarbeit und Berufshilfe. In vielen Bundesländern finanzieren diese Mittel niedrigschwellige, sozialraumorientierte Angebote und diese vor allem in der Jugendberufshilfe.

Wie weiter oben schon beschrieben, droht mit dem neuen MFR ein Kurswechsel: Die Kommission plant sogenannte „Partnerschaftspläne“, in denen Förderstrukturen stärker zentralisiert und auf nationaler Ebene gebündelt werden. Was nach Vereinfachung klingt, könnte regionaler Steuerung und passgenauer Praxis den Boden entziehen. Die Frage ist: Wird es in Zukunft noch Raum für Programme geben, die sich konkret an den sozialen Realitäten vor Ort und damit dort, wo Jugendsozialarbeit wirkt, orientieren?

Zwar sieht der Entwurf vor, dass mindestens 14 % der nationalen Mittel in soziale Inklusion und Reformen fließen sollen – doch bleibt unklar, welche Rolle Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit konkret einnehmen. Es besteht die Gefahr, dass Mittel an den Bedarfen junger Menschen vorbeigehen – etwa an denen, die ohne Schulabschluss, Ausbildung oder familiäre Unterstützung durchs Raster fallen.

Erasmus+: Neue Chancen für Jugend und Teilhabe ab 2028

Überraschend positiv sind hingegen die Entwicklungen und Vorschläge für die europäischen Jugend- und Bildungsprogramme. Zwar wird auch im Jugendbereich der Fokus stärker auf „Skills“ und damit der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen gelegt, trotzdem setzt Erasmus+ mit dem Vorschlag der EU-Kommission zur Programmgeneration 2028–2034 ein starkes Zeichen für Jugend, Inklusion und demokratische Teilhabe in Europa. Anders als zunächst befürchtet, bleibt der Jugendbereich ein eigenes Handlungsfeld – mit voraussichtlich gestärktem Budget und klarem politischen Auftrag. Geplant ist eine Budgetsteigerung um ca. 50 % auf 40,8 Milliarden Euro für das gesamte Erasmus+-Programm. Für den Bereich Jugend sind junge Menschen mit geringeren Chancen, ihre Mobilität sowie der Zugang zu non-formalen Bildungsangeboten weiterhin eine wichtige Zielgruppe. Erasmus+ soll inklusiver, zugänglicher und wirksamer werden: durch niedrigschwellige Anträge, gezielte finanzielle Unterstützung und die Förderung europäischer Partnerschaften. Auch das Europäische Solidaritätskorps wird vollständig in Erasmus+ integriert. Damit bleiben Freiwilligendienste und Projekte für bürgerschaftliches Engagement ein fester Bestandteil. Die neue Programmlinie erkennt die europäische

Die starke Zentralisierung der Kohäsionspolitik birgt Risiken, da die EU-Kommission nur wenige inhaltliche und budgetäre Vorgaben macht. Es besteht die Gefahr, dass Mitgliedsstaaten mit EU-Mitteln eigene Haushaltslöcher stopfen.

Schwerpunkte des neuen Finanzrahmens sind Resilienz, Verteidigung und technologische Wettbewerbsfähigkeit. Es braucht aber auch Programme, die den Fokus auf junge Menschen und deren Zukunftsperspektiven sowie den Abbau von sozialer Ungleichheit lenken.

„Youthwork Agenda“ als politisches Leitdokument an und stärkt so die Rolle der Jugendarbeit und damit auch der Jugendsozialarbeit. Für Fachkräfte bietet Erasmus+ neue Spielräume für Kooperation, Qualitätssicherung und innovative Praxisentwicklung – ein wichtiges Signal auch für Träger der Jugendsozialarbeit in Deutschland. Jetzt müssen diese Signale von der Jugendsozialarbeit nur noch wahrgenommen werden.

Jugend braucht Strukturförderung – nicht nur Krisenintervention

Der neue MFR setzt Schwerpunkte bei Resilienz, Verteidigung und technologischer Wettbewerbsfähigkeit. Doch sozialer Zusammenhalt entsteht nicht durch kurzfristige Krisenmaßnahmen – sondern durch langfristige, verlässliche Förderung von Teilhabe, Bildung und Integration.

Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit – von Jugendarmut über Bildungsverlust bis hin zu politischer Entfremdung – braucht Europa Programme, die jungen Menschen echte Zukunftsperspektiven geben. Das bedeutet: Förderlogiken, die nicht nur auf Leistung und „Skills“ setzen, sondern gezielt soziale Ungleichheit abbauen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

ESF+ und Erasmus+ können hier weiterhin eine tragende Rolle spielen – wenn sie die soziale Dimension und die Demokratieförderung nicht aus dem Blick verlieren. Es braucht ein klares Bekenntnis der EU, dass Jugendförderung kein Nebenschauplatz ist, sondern Kern europäischer Sozial- und Jugendpolitik. Das europäische Sozialmodell darf kein Lippenbekenntnis sein. Es muss sich in den konkreten Programmen wiederfinden – und dort besonders bei denjenigen wirken, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Handlungsbedarf: Wohlfahrtsverbände und die Träger der Jugendsozialarbeit müssen laut werden

Was wie eine technische Anpassung aussieht, ist in Wirklichkeit Politik in Reinform und hat Auswirkungen auf die Zukunft der sozialen Systeme Europas. Jetzt ist der Moment, Einfluss zu nehmen. Die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen laufen – zwischen EU-Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten.

Der DCV wird die nun beginnenden Verhandlungen gemeinsam mit Caritas Europa und der BAGFW sehr eng begleiten. Wichtig wird

es jedoch sein, dass möglichst viele Akteure auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene sich für eine soziale Ausgestaltung des EU-Budgets ab 2028 einsetzen. Auch die Träger der Jugendsozialarbeit müssen sich aktiv einbringen: mit ihren Erfahrungen, mit klaren Forderungen und mit Blick auf die Bedarfe junger Menschen vor Ort.

Fazit

Der neue Mehrjährige Finanzrahmen setzt auf Strategie, Effizienz und Krisenfestigkeit. Doch ohne starke soziale Leitplanken droht der Verlust an Solidarität und Zusammenhalt. Für die Jugendsozialarbeit heißt das: Jetzt Haltung zeigen, Expertise einbringen und klar benennen, was es braucht – damit junge Menschen auch in Zukunft im Zentrum europäischer Politik stehen.

Die Kontaktstelle Politik Europa des DCV und die BAG KJS stehen gerne für gemeinsame Aktionen bereit.

Autor*innen:

Alexander Hauser ist diplomierter Sozialarbeiter und Pädagoge. Im Auftrag der BAG KJS bearbeitet er für die LAG KJS BW als Themenreferent das Arbeitsfeld „Jugendsozialarbeit & Europa“. Angestellt ist er beim Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V..

Lisa Schüler leitet seit 2023 die Kontaktstelle Politik Europa des Deutschen Caritasverbands in Brüssel, nachdem sie zuvor die Beratung und politische Begleitung der EU-Förderpolitik im Brüsseler Caritas-Büro aufgebaut hatte. Die studierte Politikwissenschaftlerin begleitet in Brüssel die sozialpolitischen Initiativen der Europäischen Union aus Sicht der Caritas. Zudem vertritt sie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im ESF-Begleitausschuss des Bundes und stärkt die europäische Vernetzung der Verbände, u. a. durch einen Sitz im Executive Board des Europäischen Netzwerks Caritas Europa.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

